

RÜSSELSHEIMER ECHO

DIE UNABHÄNGIGE POLITISCHE TAGESZEITUNG FÜR DIE REGION

GLOSSE

Mit allergrößtem Respekt

Von Dieter Sattler

Eines muss man der Kanzlerin lassen: Hat sie eine Formulierung gewählt, dann bleibt sie dabei. Als sie vor vier Jahren ankündigte, noch einmal anzutreten, sagte sie in drei Pressekonferenzen hintereinander wenig elegant, das sei „keine triviale Entscheidung“. „Keine einfache Entscheidung“ wäre sicher besser gewesen. Das Coronavirus nennt sie immer wieder eine „demokratische Zumutung“, obwohl das Virus doch politisch neutral ist und den Politikern höchstens Entscheidungen abverlangt, die in einer Demokratie nur schwer zumutbar sind.

Am allerschönsten aber ist Merkels immer wieder bekundeter „Respekt“, wenn es eng für eine Politikerin oder einen Politiker wird. Insofern kann SPD-Ministerin Franziska Giffey, die wegen ihrer Doktorarbeit unter Druck ist, froh sein, dass sie nicht der

Union angehört. Denn wie ihr hat Merkel auch Karl-Theodor zu Guttenberg und Annette Schavan in ähnlicher Lage „Respekt“ bekundet, der dann beim Rücktritt zum „allergrößten Respekt“ wurde. Giffey bekam immerhin schon „großen Respekt“ seitens der Berliner SPD, weil sie ihren Titel ruhen lässt. Dass die SPD von Merkel gelernt hat, zeigte sich, als dieser Tage Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig ihrem zurückgetretenen Innenminister Lorenz Caffier „Respekt“ zollte. Bei so viel Respektbekundungen für Rücktritte denkt man fast wehmütig: Wie schade, dass Jogi Löw kein Politiker ist. Dann könnte ihm sein badischer Landsmann Wolfgang Schäuble seinen allerhöchsten „Reschschpekt“ bekunden und dann sanft murmeln: „Isch over, Jogi.“

Eklat im Parlament wegen Ikea

POLITIK Mehrheit lehnt Möbellager ab

Rüsselsheim – Aus Protest gegen die Mehrheitsverhältnisse haben CDU, WsR, FDP und FW am Donnerstagabend vorzeitig die Stadtverordnetenversammlung verlassen. Sie wollten auf diese Weise den Beschluss über die Ansiedlung des schwedischen Möbelherstellers Ikea vertagen. Die

Rechnung ging aber nicht auf. Mit 23 Abgeordneten blieb die Versammlung beschlussfähig. SPD, Grüne, Linke/Liste Solidarität sind fassungslos. Sie bezeichnen das Verhalten der Opposition als „undemokratisch“ und einen Vertrauensbruch gegenüber der Wählerschaft. » Seite 9

Stadt will investieren, hat aber kein Geld

FINANZEN Rund 22 Millionen Euro fehlen

Ginsheim-Gustavsburg – Knapp 28,8 Millionen Euro will die Stadt bis einschließlich 2025 investieren. Rund 8,6 Millionen davon fließen in Pflichtaufgaben. Der Rest würde unter freiwilligen Aufgaben verbucht. Eine Liste mit den geplanten Investitionen legte

Bürgermeister Thies Puttnins von Trotha in der zurückliegenden Gremienrunde den Fraktionen vor. Abzüglich von erwarteten und kalkulierten Einnahmen und Zuschüssen in Höhe von rund 6,5 Millionen Euro fehlen aktuell etwa 22,2 Millionen Euro. » Seite 17

WETTER

mehr auf Seite 7

		
3°	4°	4°
Morgens	Mittags	Abends

BÖRSE

mehr auf Seite 6

	DAX	13 137,25
	Xetra-Schluss	+51,09
	Euro	1,1863 \$
	Referenzkurs	+0,0031 \$

INHALT

Politik, Nachrichten.....	1–3	Trebur.....	16
Wirtschaft	4–6	Roman/Rätsel.....	16
Hessen	7	Mainspitze/Kreis	17
Feuilleton	8	Kreis/Region.....	18
Rüsselsheim	9–12	Sport	23–25
Ratgeber	13	Fernsehen.....	26–27
Nauheim/Raunheim	15	Panorama.....	28

KONTAKT RÜSSELSHEIMER ECHO

Frankfurter Straße 2, 65428 Rüsselsheim

Abo-Service Telefon 06142 8285-99, Fax 06142 8285-98
E-Mail vertrieb@ruesselsheimer-echo.de

Anzeigen Telefon 06151 387-2929, Fax 06151 387-2611
E-Mail anzeigen@ruesselsheimer-echo.de

Redaktion Telefon 06142 82 85-31
Redaktionsfax 06142 8285-30
E-Mail redaktion@ruesselsheimer-echo.de

Internet www.ruesselsheimer-echo.de



Handel

In der Corona-Krise verliert der „Black Friday“ an Reiz.

» Seite 4

Wochenende

Ethik der Abwendung – Cynthia Barcomi –
Achtsam facebooken – Eine Frage noch ...



65 Jahrgang · Nummer 272 · D11613

Samstag, 21. November 2020 · 2,20 Euro



Baerbock will loslegen

Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock hat auf dem Bundesparteitag die Dringlichkeit schnellen Handelns in der Klimapolitik betont. „Kritisch ist nicht 2040 oder 2050“, sagte Baerbock am Freitag in ihrer Rede zum Auftakt des digitalen Parteitags. Kritisch seien die kommenden zehn Jahre. „Jetzt beginnt das entscheidende Jahrzehnt“, mahnte sie. „Jede Zeit hat ihre Farbe. Und diese Zeit ist grün“, sagte Baerbock in ihrer Rede. Die Politik der großen Koalition funktioniere nach dem Muster „im Prinzip dafür, aber im Konkreten dagegen“. Das habe „wertvolle Jahre gekostet“. „Wir müssen jetzt ins Machen kommen“, sagte Baerbock. Es gehe darum, jetzt die erneuerbaren Energien massiv auszubauen, den Kohleausstieg zu beschleunigen, saubere Autos auf die Straße zu bringen, die Kreislaufwirtschaft zu starten. Gleichzeitig forderte sie aber auch ein offenes Ohr für Skeptiker. Die Öko-Wende müsse für alle funktionieren.. afp/dpaFOTO: DPA

» Seite 2

Corona-Impfstoff vor der Zulassung

PANDEMIE Höchstzahl an Neuinfektionen in Deutschland

Mainz – Großer Schritt auf dem Weg zum sehnstüchtig erwarteten Wirkstoff gegen eine Corona-Infektion: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer haben eigenen Angaben zufolge bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragt. Das bestätigte Pfizer am Freitag bei Twitter. Falls der Wirkstoff zugelassen wird, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA bereits Mitte bis Ende Dezember geimpft werden. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. „Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“, sagte eine Sprecherin von Biontech.

Biontech-Vorstandschef und Mitgründer Ugur Sahin sprach von einem „entscheidenden Schritt, um unseren Impfstoffkandidaten so schnell wie möglich der Weltbevölkerung zur Verfügung zu stellen“. Ziel sei die schnelle globale Verteilung des Impfstoffs. Eine wichtige Rolle bei der

Produktion des Impfstoffs soll ein Werk in der Stadt Marburg spielen. Die Übernahme dieser Produktionsanlage vom Schweizer Pharmakonzern Novartis wurde laut Biontech im Oktober abgeschlossen.

Deutschland und die EU haben bereits einen Rahmenvertrag über den Kauf von 300 Millionen Dosen des Impfstoffs von Biontech und Pfizer abgeschlossen. Biontech geht davon aus, dass in diesem Jahr weltweit bis zu 50 Millionen Impfstoffdosen ausgeliefert und im nächsten

Jahr bis zu 1,3 Milliarden Dosen hergestellt werden.

Unterdessen hat die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Am Freitag meldeten die Gesundheitsämter dem Robert Koch-Institut (RKI) 23 648 neue Corona-Infektionen binnen 24 Stunden. Im Vergleich zum Freitag in der Bundespressekonferenz. Jeden Tag würden 250 Menschen in Deutschland ihr Leben wegen der Krankheit verlieren.

Steffen Seibert zeigte sich besorgt. Die Zahl der belegten Betten in den Intensivstationen und die Zahl der Patienten, die künstlich beatmet werden müssten, seien schon jetzt deutlich höher als im Frühjahr, sagte Seibert am Freitag in der Bundespressekonferenz. Jeden Tag würden 250 Menschen in Deutschland ihr Leben wegen der Krankheit verlieren.

Längerer Teil-Lockdown zeichnet sich ab

In den Beratungen zu den anstehenden Entscheidungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie zeichnet sich eine Verlängerung des Teil-Lockdowns ab. Wie das Wirtschaftsmagazin „Business Insider“ unter Berufung auf Länderkreise berichtet, könnten die seit Anfang November geltenden Maßnahmen bis 20. Dezember verlängert werden. Auch nach Informationen der „Berliner Morgenpost“ und des „Tagesspiegel“ (Freitag) gibt es Überlegungen, den Teil-Lockdown bis mindestens kurz vor Weihnachten zu verlängern.

Ist das Infektionsgeschehen nach Weihnachten nicht im Griff, sollen zudem nach Willen der SPD-geführten Länder und einiger CDU-Länder die Winterferien bis 10. Januar verlängert werden, berichtete das Wirtschaftsmagazin weiter. Zu weiteren Vorschlägen gehörten eine Ausweitung der Mund-Nase-Bedeckung, neue Maßnahmen im Schulunterricht sowie eine Verschärfung der Kontaktbeschränkungen. Am Mittwoch wollen die Länderchefs zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) über das weitere Vorgehen entscheiden.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat unterdessen die in der Corona-Einreiseverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelte Quarantänepflicht für Auslandsrückkehrer aus Risikogebieten gekippt. Nach Ansicht des Gerichts hat das Land nicht berücksichtigt, dass Reisende bei der Rückkehr aus Ländern mit geringeren Infektionszahlen als an ihrem Wohnort nach der Heimkehr einem höherem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. dpa

Viele Tote in hessischen Altenheimen

Die Bewohner von Altenheimen sind von Corona-Ausbrüchen besonders stark betroffen. Wie „hessenschau.de“ berichtet, sind allein in den ersten zweieinhalb Wochen dieses Monats in hessischen Alten- und Pflegeheimen 174 Menschen an oder mit Covid-19 gestorben. Das gehe aus der Statistik des Regierungspräsidiums (RP) Gießen hervor, das die Aufsicht über alle Heime im Land hat. Im gleichen Zeitraum gab es in

Hessen insgesamt 272 Tote in Zusammenhang mit Corona. Das heißt: Zwei von drei Corona-Toten derzeit entfallen auf Altenheime. Das ist ein deutlich höherer Anteil als in der ersten Coronawelle, als etwa 40 Prozent der Verstorbenen zuvor in einem Heim gelebt hatten, so „hessenschau.de“. Derzeit grassiere das Virus in jedem vierten hessischen Alten- und Pflegeheim. red

Heute Warnstreik im Nahverkehr

Wiesbaden – Fahrgäste in Hessen müssen sich am Wochenende auf Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr einstellen. Wegen Warnstreiks in mehreren Städten wird laut der Gewerkschaft Verdi das Fahrpersonal seine Arbeit niederlegen. In Frankfurt sind U-Bahnen und Straßenbahnen betroffen, in Wiesbaden Busse. Mit den Warnstreiks will die Gewerkschaft Verdi Druck in den laufenden Tarifverhandlungen machen. lthe

Neun Jahre Haft für Attacke mit Lastwagen

Limburg – Gut ein Jahr nach dem Lastwagenangriff in Limburg hat das Landgericht den Angeklagten zu neun Jahren Haft verurteilt. Das Gericht befand Omar A. des versuchten Mordes in 18 Fällen und der gefährlichen Körperverletzung für schuldig. Mit der Strafe ging das Gericht über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus, die sechs Jahre und zehn Monate Haft gefordert hatte.

Das Gericht ordnete die Unterbringung des zur Tatzeit unter Drogeneinfluss stehen-

den Manns in einer Entziehungsanstalt an. Zunächst muss er dem Urteil zufolge zweieinhalb Jahre in Haft, bevor er seine Drogenprobleme behandeln kann. Außerdem verhängte das Gericht eine Sperre für den Erwerb der Fahrerlaubnis.

A. war im Oktober vergangenen Jahres mit einem zuvor gestohlenen Lastwagen bewusst auf mehrere Autos aufgefahren, die an einer Ampel in der Limburger Innenstadt gehalten hatten. Dabei wurden 18 Menschen leicht verletzt. Nach der

Kollision verließ A. die Fahrzeugkabine und verletzte zwei Zeugen durch Ziehen an einem Schal am Hals beziehungsweise durch einen Schlag mit der Hand. A. stand zur Tatzeit unter dem Einfluss von Cannabis.

Drogen konsumiert

Wie die Staatsanwaltschaft sah das Gericht das Tatmotiv in einer Kombination aus einer unbefriedigenden Lebenssituation, privaten Problemen und Cannabiskonsum begrün-

det. Mit der Tat habe sich A. dem Impuls hingegeben, auf sich aufmerksam zu machen, sagte der Vorsitzende Richter Andreas Janisch. Demnach wollte A. ungebremsst auf die Autos auffahren und die arg sowie wehrlose Situation der Insassen ausnutzen.

Die Tat war nicht von langer Hand geplant, dennoch habe er sich wenige Tage zuvor durch das Herunterladen eines Simulationsspiels gedanklich mit der Steuerung eines Lastwagens beschäftigt, sagte Janisch. afp » Seite 9